

II- 9215 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4515 13

1993 -03- 25

A N F R A G E

des Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Dioxinschleuder der Austria Sekundär Aluminium GmbH. Ranshofen

Die Austria Sekundär Aluminium GmbH. Ranshofen ist eine 100 %-Tochter der AMAG. Seit 1991 läuft eine Produktionsanlage für Sekundäraluminium in Ranshofen im Probetrieb. Gewerberechtlich genehmigt wurde die Kapazitätserweiterung von 12.000 auf 35.000 Jahrestonnen am 27.4.1990. Am 2.3.1993 wurden nun Dioxinmeßergebnisse vorgelegt, die Werte von 2,84 bis 3,89 Nanogramm Dioxin pro Kubikmeter feststellen. Damit liegen die Werte um das bis zu 39fache über dem gültigen Grenzwert für Sondermüllverbrennungsanlagen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten aus diesem Grund an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Seit wann ist die o.a. Produktionsstätte für Sekundäraluminium in Ranshofen in Betrieb?
2. Welche Kapazitäten wurden seither jeweils gefahren?
3. Welche konkreten Genehmigungsschritte liegen der AMAG-Tochter dafür vor?
4. Wann genau wurden erstmals Dioxinmessungen durchgeführt? Welche konkreten Einzelergebnisse liegen seither vor?

5. Wie reagierte das Unternehmen auf diese Meßergebnisse? Wurden Behörden informiert? Wenn ja, wann? Wurde die AMAG informiert? Wenn ja, wann und wer konkret? Erfolgte eine Information des AMAG-Aufsichtsrates? Wenn ja, wann mit welchem konkreten Inhalt?
6. Erfolgte über diese Meßergebnisse eine Information eines Ministeriums, der Landesregierung, der Bezirkshauptmannschaft, der Gemeinde? Wenn ja, wann genau jeweils erstmals und mit welchem konkreten Inhalt?
7. Ist es richtig, daß dem Unternehmen Prognosen vorlagen, die bereits zu Beginn der Produktion vor massiven Dioxin-Emissionen warnten?
8. Ist es richtig, daß die Austria Sekundär Aluminium GmbH. und ihre Umweltprobleme auch Thema des AMAG-Aufsichtsrates bzw. der AI waren? Wenn ja, wann genau mit welchem konkreten Inhalt?
9. Welche Chancen sieht das Unternehmen zur Einhaltung der 0,1 Nanogramm Grenze, die in Österreich etwa für Sondermüllverbrennungsanlagen gültig ist? Wäre ein Erreichen dieser Grenze technisch machbar? Wenn ja, welche Investitionen wären dafür erforderlich?
10. Welche konkreten Dioxinwerte wurden bei den beiden ersten Verhandlungen im Betriebsbewilligungsverfahren am 31.10.1991 sowie am 16.1.1992 konkret gemessen? Welche Maßnahmen wurden als Konsequenz daraus gesetzt? Welche Behördenstellen bzw. Firmenbereiche wurden im Detail über diese Meßergebnisse informiert? Welche konkreten Antworten, Auflagen etc. erhielt das Unternehmen aufgrund dieser Informationen?